

2.5. Straftaten zur Erzwingung der Übersiedlung

BStU

000041

Wegen Straftaten zur Erzwingung der Übersiedlung wurden im  
Berichtszeitraum gegen insgesamt

891 Personen (1985: 925 Personen)

Ermittlungsverfahren eingeleitet.

(Weitere 226 Personen, die in zurückliegender Zeit gleichfalls Übersiedlungersuchen gestellt hatten, wurden 1986 wegen versuchten ungesetzlichen Grenzübertritts (172) bzw. anderen Straftaten in Bearbeitung genommen. Sie bleiben in der folgenden Darstellung unberücksichtigt 1985: 218 Personen).

Mit dem Ziel der Durchsetzung ihrer Übersiedlung hatten

72 (1985: 101) Personen Verbindung zu ausländischen Organisationen, die feindlich gegen die DDR tätig sind, hergestellt bzw. aufzunehmen versucht

344 (1985: 418) Personen Kontakt-aufnahmen zu ausländischen staatlichen Einrichtungen, Persönlichkeiten oder internationalen Gremien realisiert bzw. **versucht**

401 (1985: 327) Personen ausschließlich provokativ-demonstrative Handlungen begangen bzw. ein solches Vorgehen angedroht

74 (1985: 79) Personen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in schriftlicher oder mündlicher Weise herabgewürdigt.

Im Berichtszeitraum setzte sich die bereits im Vorjahr sichtbar gewordene Tendenz unter den straffällig gewordenen Übersiedlungersuchenden fort, zunehmend durch die Begehung bzw. Androhung von öffentlichkeitswirksamen Demonstrativhandlungen ihre Ausreise erzwingen zu wollen:

	<u>1985</u>	<u>1986</u>
provokativ-demonstratives Auftreten von Beschuldigten insgesamt	531 (57,4 %)	518 (58,1 %)

Kopie BStU  
AR 8